

Justiz-Reform: Kein Kompromiss in Sicht

Israel ringt weiter um die geplante Justiz-Reform. Jetzt plant die Regierung eine Änderung des bestehenden Grundgesetzes, nach der die Gerichte, einschliesslich des Obersten Gerichtshofs, nicht mehr in der Lage wären, auch nur Anhörungen über die Angemessenheit einer Entscheidung durchzuführen oder Entscheidungen des Ministerpräsidenten, des Kabinetts, der Minister oder anderer gewählter Amtsträger allein aufgrund ihrer „Angemessenheit“ für ungültig zu erklären. Eine Regelung, die in der Vergangenheit von entscheidender Bedeutung war: So entschied der Oberste Gerichtshof Anfang des Jahres, dass die Ernennung des Schas-Vorsitzenden Aryeh Deri zum Gesundheits- und Innenminister aufgrund seiner früheren strafrechtlichen Verurteilungen und seiner Zusage, die Knesset im Jahr 2022 im Rahmen eines Vergleiches zu verlassen, „in höchstem Masse unangemessen“ war.

Die Möglichkeit zu solchen Entscheidungen soll nun unterbunden werden. Darüber hinaus sollen die Befugnisse von Rechtsberatern der Regierung eingeschränkt werden. Diese beiden Gesetzentwürfe sind weit weniger weitreichend als andere zentrale Elemente des ausgesetzten Reformpakets der Koalition. Doch während einige israelische Medien von einer Einigung der Koalition mit den Oppositionsparteien berichtet hatten, dementierten diese das: So haben sich Yair Lapid und Benny Gantz in der vergangenen Woche aus den Gesprächen zurückgezogen und erklärt, sie würden bis zur Einberufung des Richterwahlausschusses fernbleiben. Sie bestritten auch, dass ihre Parteien zu einer grundsätzlichen Einigung bezüglich der Reform oder auch nur einzelnen Teilen mit der Regierungskoalition gekommen sei. In Tel Aviv sind derweil die 24. Woche in Folge Tausende Menschen auf die Strasse gegangen, um gegen die neue Regierung und ihre Justizreform zu demonstrieren.

Mehrere Gesetze der Justizreform, die u.a. darauf abzielte, der Koalition die nahezu vollständige Kontrolle über die Ernennung aller israelischen Richter zu geben, sollten bereits im März in Kraft treten, als die Koalition sie zur Schlussabstimmung freigab. Nach einem öffentlichen Aufschrei, der durch die (später widerrufen) Entlassung von Verteidigungsminister Yoav Gallant ausgelöst wurde, erklärte sich Ministerpräsident Benjamin Netanjahu jedoch bereit, die gesamte Justizreform vorübergehend auszusetzen und Verhandlungen mit der Opposition aufzunehmen, um einen Kompromiss zu finden. Bisher jedoch ohne Ergebnisse.



Israel kämpft seit Monaten um eine Justizreform (Bild: Pixabay).

Intel will Milliarden in neuen israelischen Standort investieren

Es ist eine Investition bisher ungesesehenen Ausmasses: Das US-Unternehmen Intel Corp. hat mit der israelischen Regierung eine Grundsatzvereinbarung über den Bau einer Chipfabrik in Kiryat Gat mit einer Investitionssumme von 25 Mrd. USD unterzeichnet. Diese Investition soll in den Bau einer Chipfabrik fließen, die die fortschrittlichsten Technologien der Welt nutzen werde.

Die Ankündigung erfolgte, nachdem eine grundsätzliche Einigung zwischen Intel und dem israelischen Finanzministerium über die Investitionspläne erzielt worden war. Als Teil der Vereinbarung wird Intel einen Steuersatz von 7,5 Prozent zahlen, statt der 5 Prozent, die der Chiphersteller heute an den Staat zahlt. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass Intel einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 12,8 Prozent der Investitionssumme im Rahmen des Gesetzes zur Förderung von Kapitalinvestitionen (ECIL) erhalten wird.

Die Fabrik in Kiryat Gat soll 2027 in Betrieb genommen werden und bis mindestens 2035 in Betrieb bleiben, wobei Tausende von Arbeitern zu überdurchschnittlichen Löhnen beschäftigt werden sollen, so das Ministerium. Das High-Tech-Unternehmen Intel betreibt seit 1974 Standorte in Israel.



Der bisherige Intel-Standort in Kiryat Gat (Bild: Lehava Center Qiryat Gat).

Aussergewöhnliches Künstlerhaus soll abgerissen werden

Israelische Behörden wollen den einzigen Bewohner des Eremiten- und Künstlerhauses, das in einer Klippe am Meer in Herzliya gebaut wurde und als einzigartiges Kunstwerk gilt, vertreiben, um eine Promenade zu bauen. Das zumindest behauptet die Zeitung Haaretz, die Kenntnis von einem solchen Projekt erhalten hat: „In der Öffentlichkeit wurde kein Zusammenhang zwischen der geplanten Räumung und dem Bauvorhaben erwähnt. Aber zwei scheinbar unabhängige Nachrichtenartikel, die in den letzten zwei Wochen veröffentlicht wurden, zeichnen ein klares Bild.“, heisst es in dem Artikel.

Das besondere Strandhaus wurde in den letzten fünf Jahrzehnten von dem mittlerweile 78-jährigen Nissim Kahlon in die Felsen gebaut. Er wurde vom Umweltschutzministerium aufgefordert, das in einer Höhle gebaute Haus bis zum 17. Juni zu verlassen. Das Ministerium und die israelische Landbehörde drohten, ihn notfalls mit Gewalt zu entfernen. Anschliessend soll die Höhle und die von ihm in den Felsen gehauenen Kammern versiegelt werden. Kurz danach wurde bekannt, dass der Planungs- und Bauausschuss des Bezirks Tel Aviv einen Plan zur Gestaltung der Strandpromenade von Herzliya endgültig genehmigt hat. In einer Erklärung der Planungsverwaltung des Innenministeriums, die den Bezirksausschuss beaufsichtigt, hiess es, dass der Plan „einen sechs Kilometer langen Strandstreifen regelt und die entlang seiner Länge zulässigen Nutzungen festlegt, darunter Sport, Handel und Rettungsdienste“. Vermutlich geht es bei diesem Plan nicht nur darum, eine touristisch attraktive Strandpromenade zum Schutz der Küstenlandschaft zu bauen, sondern auch das Land um diese Promenade herum zu attraktiven Bauland zu machen.

Herzliyas Bürgermeister, Moshe Fadlon, kämpft gegen die Entscheidung zum Abriss und hat die UNESCO gebeten, das Eremitenhaus als Touristen- und Naturschutzgebiet zu deklarieren: „Dies ist ein einzigartiges Umweltkunstwerk, das sich nur schwer mit Worten beschreiben lässt. Es ist äusserst wichtig, das Bewusstsein für diese Stätte zu schärfen und sie zu erhalten und gleichzeitig die Zahl der Besucher zu erhöhen“, schrieb Fadlon.



Das Künstlerhaus am Strand von Herzliya soll abgerissen werden (Bild: (WT-de) Jpatokal auf Englisch Wikivoyage).

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann Ciobotaru; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il; Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX